

Ausschuss für Inneres und Sport

(66. - öffentliche - Sitzung am 28. November 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Niedersachsen über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden, gemeinsamen kommunalen Unternehmen, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuchs und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4472](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag - vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen -, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Sebastian Lechner (CDU)

2. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Polizeieinsatz beim Bundesparteitag der AfD und der damit verbundenen Gegenproteste am 30.11.2019 in Braunschweig**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung zunächst um eine schriftliche Unterrichtung im Nachgang des Einsatzes zu bitten. Gegebenenfalls soll sich eine mündliche Unterrichtung anschließen.

3. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu Vorgängen im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport betreffend die sogenannte „Rathaus-Affäre“**

Der Ausschuss beschloss gemäß § 95 a GO LT einstimmig die Vertraulichkeit der mit dem Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 12. November 2019 vorgelegten und entsprechend gekennzeichneten Unterlagen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Grundsteuer- und Gewerbesteuerbremse im Kommunalen Finanzausgleich**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4496](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5066](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten.

6. **Verfassungsfeinde entwaffnen - Waffenrecht verschärfen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5075](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten.

7. **Verbot der Hizb Allah und der ihr zuzurechnenden Vereine**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5055](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten. Schwerpunkt der Unterrichtung sollen der Ablauf eines Verbotsverfahrens sowie der Stand der Diskussion auf Bundesebene und die diesbezügliche Positionierung der Landesregierung sein. Gegebenenfalls soll sich eine mündliche Unterrichtung anschließen.